

**Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
06.04.2005**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Raum 6046, Am Packhof 2-6, in 19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Gajek, Silke BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Hubert, Rudolf

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Brill, Peter Die
Linkspartei.PDS

ordentliche Mitglieder

Ehlers, Sebastian CDU
Haker, Gerlinde SPD
Hoffmann, Karin CDU
Leppin, Patricia Unabhängige
Bürger
Littwin, Thomas
Maier, Elke
Mielke, Axel
Munzert, Thomas CDU
Nolte, Stephan CDU
Redmann, Irene SPD
Ruppenthal, Thomas

stellvertretende Mitglieder

Höldke, Sylvia
Kowalk, Peter CDU
Villwock, Regina

beratende Mitglieder

Kuhlen, Andrea

Verwaltung

Joachim, Martina

Junghans, Hermann

Müller, Karen

Seifert, Heike

Leitung: Silke Gajek

Schriftführer: Heiko Stolp

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 02.03.2005
3. Vorstellung des Jugendservers "See you"
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Bericht aus der Steuerungsgruppe
6. Verwendung zusätzlicher Mittel für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit im HH-Jahr 2005
Vorlage: 00498/2005
7. Rahmenvertrag ambulante Hilfen zur Erziehung
Vorlage: 00415/2005
8. Bericht über Höhepunkte der Kinder und Jugendarbeit 2005 - Frau Villwock
9. Information zum Sachstand - Qualitätsentwicklung jugendpolitische Strategie / Regionalbereiche

10. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Gajek, eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Ausschusses, sowie die Gäste. Anschließend stellt sie die form und fristgemäße Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird mit folgender Ergänzung einstimmig beschlossen: Herr Hubert verlißt vor dem TOP 6 eine persönliche Stellungnahme.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 02.03.2005**

Bemerkungen:

Die von Frau Leppin eingeforderte Statistik zum Pflegekinderwesen wird von der Verwaltung nachgereicht.

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Vorstellung des Jugendserver "See you"**

Bemerkungen:

Frau Marike Sobiech stellt den **Jugendserver** www.see-you.de vor.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Dez. III, Herr Junghans berichtet über:

1. den Stand der Umsetzung des KiföG / Veröffentlichung der Satzung erfolgt,
2. Nichtöffentliche Anhörung des Sozialausschusses des Landtages zur Novellierung des KiföG ,
3. Zusammenführung des Amtes 49 im Stadthaus / Umzug nun abgeschlossen / eine Übersicht
wird dem JHA demnächst zur Kenntnis gegeben,

4. Information über kurzfristige Projekte:
 - a. Antrag 1: Christliche Pfadfinder,
 - b. Antrag 2: Evangelische Freikirchengemeinde,
 - c. Antrag 3: Landespolizei - Kinderoutdoorcamp für soz. Benachteiligte Kinder,
5. Informationsbroschüre des Amtes 49 über Kindertagesstätten + Angebote + Preise.

zu 5 Bericht aus der Steuerungsgruppe

Bemerkungen:

AL 49, Frau Seifert berichtet über die Schwerpunkte der Arbeit der Steuerungsgruppe:

- Leistungsverträge mit freien Trägern,
- Ambulante Hilfen zur Erziehung,
- Arbeitspapier - Qualitätsentwicklung zur jugendpolitischen Strategie in der LH Schwerin / Regionalbereiche

zu 6 Verwendung zusätzlicher Mittel für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit im HH-Jahr 2005

Vorlage: 00498/2005

Bemerkungen:

Persönliche Stellungnahme des Mitglieds im JHA Schwerin, Rudolf Hubert, zur BV: „Verwendung zusätzlicher Mittel für den Bereich der Kinder – und Jugendarbeit im HH – Jahr 2005 (Drucksache Nr. 00498/ 2005)

1. Aus Gründen der Befangenheit werde ich nicht an der Abstimmung teilnehmen.
2. Aus denselben Gründen enthalte ich mich ebenfalls bei einer inhaltlichen Diskussion, allerdings möchte ich auf diesem Wege auf folgende Aspekte aufmerksam machen:
 - Die in der Vorlage aufgeführten Schulstandorte, in denen Schulsozialarbeiter tätig sind, haben diese zusätzliche sozialpädagogische Kompetenz erhalten auf der Grundlage von Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses und der Stadtvertretung.
 - Es gab nirgends einen Beschluss, in diesem Bereich nur anteilig zu fördern.
 - In den Protokollen der Aushandlungsgespräche mit den Freien Trägern und in der Stellungnahme der Verwaltung an den Jugendhilfeausschuss ist nachzulesen, dass die vorgenommenen Kürzungen für die Tätigkeit der Schulsozialarbeiter ausschließlich der Haushaltslage geschuldet sind und dass die Verwaltung inhaltlich nicht nur die Kürzung als nicht gerechtfertigt bewertet, sondern – rein von der inhaltlichen Perspektive her betrachtet – sogar einen Mehrbedarf feststellt.
 - Letztgenannte Position ist in zahllosen Diskussionen in Stadtteilkonferenzen, in AG' s etc. verwaltungsseitig stets vertreten worden.
 - Es ist völlig unstrittig, dass verwaltungsseitig die Bewertung abgegeben wird: „Der Bedarf einer zusätzlichen Stelle am Berufsschulförderzentrum wird prioritär gesehen.“ Die Meinung der Verwaltung ist vom Status her zunächst ein Vorschlag für den

Diskurs im Jugendhilfeausschuss, an dessen Ende die Entscheidung des Ausschusses steht.

3. Irritiert bin ich über die, nach meinem Dafürhalten, unausgewogene Begründung der Vorlage. Gerade im Wissen um neue Mitglieder im Jugendhilfeausschuss, die den Vorlauf der Informationen in vielen Bereichen gar nicht haben können, wäre es angemessen gewesen, in der Begründung die Sachverhalte umfassender darzustellen und zu erläutern.
Es ist nicht die Begründung einer wirkliche Alternative, wenn der Vorschlag der Verwaltung wie folgt begründet wird: „Hier wird sowohl durch die Schule selbst als auch durch das Ministerium für Arbeit und Bau sowie das Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit dringender Handlungsbedarf gesehen. Mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln könnte zumindest eine kurzfristige Entlastung der Situation für die dort tätige Schulsozialarbeiterin bei der Berücksichtigung der Besonderheiten der Klientel erreicht werden.“
Wer stimmt dem als dringend angezeigten Handlungsbedarf nicht zu, wenn die „Alternative“ zum Verwaltungsvorschlag so begründet wird: „Die ... zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel könnten... auch zur Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Schulsozialarbeiterinnen an fünf Schweriner Schulen ... eingesetzt werden?!“
Selbst in dieser „Begründung“ wird durch den Zwischensatz: „statt zur befristeten Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit am Berufsschulförderzentrum zumindest dem Eindruck nicht gewehrt, dass die „Alternative“ letztlich einer dringenden Handlungsnotwendigkeit entgegensteht.“
(Das signalisiert nicht nur das bezeichnende Wörtchen „statt“; auch wird nicht das sachlich und fachliche gebotene „Müsste“ oder „Sollte“ gewählt, sondern die abgeschwächteste Form des „Könnte“!)
In der Begründung der „ Alternative“ wird der Begriff „Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Schulsozialarbeiterinnen der Begründung des Verwaltungsvorschlages gegenübergestellt, die lautet: „Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit am Berufsschulförderzentrum“. Es geht bei der Alternative um nichts anderes als um die Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit an den bekannten Schulstandorten! Hier geht es auch nicht um die Schulsozialarbeiterinnen, sondern um die Schulsozialarbeit.
(Warum verwendet man in der direkten Gegenüberstellung – dann wären Alternativen doch viel besser vergleichbar – nicht den gleichen Terminus?)
Was unter Punkt 2 gesagt wurde, wird in der Begründung nicht erwähnt – dabei wäre es wichtig – gerade auch für die neuen Ausschussmitglieder – um sich hinreichend ein fach – und sachgerechtes Urteil bilden zu können.
Nicht herausgestellt wird insbesondere, dass eben die haushaltsbedingten Stundenabsenkungen eine Nichtausfinanzierung der Schulsozialarbeit zur Folge hatten und haben – mit all den negativen Folgen, wie sie hinlänglich bekannt sind!
Für mich stellt sich die „Alternative“ nach dieser Vorlage so dar: Einerseits die Notwendigkeit der Ausfinanzierung der Schulsozialarbeit

am Berufsschulförderzentrum. Andererseits eine mögliche Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit der Schulsozialarbeiterinnen an verschiedenen Schulstandorten.

Dies ist weder eine hinreichende Begründung des Alternativvorschlages, noch wird die

Begründung der Vorlage der Problematik der Schulsozialarbeit an den benannten

Schulen gerecht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt in Ergänzung der Vorlage 00360/2004/1 vom 22.12.2004 die Verwendung von Fördermitteln.

Für die Förderung kurzfristiger Projekte werden im Haushaltsjahr 2005 insgesamt 11.600,00 € aus der HHST 45150.76010 zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für die Schulsozialarbeit in Höhe von 38.600,00 € aus der HHST 45210.76002 werden dem Internationalen Bund / Einrichtung Schwerin für eine zeitlich auf das Jahr 2005 befristete Stelle für die Schulsozialarbeit am Berufsschulförderzentrum zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Förderung kurzfristiger Projekte:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Schulsozialarbeit:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 2

zu 7

Rahmenvertrag ambulante Hilfen zur Erziehung

Vorlage: 00415/2005

Bemerkungen:

Herr Hubert gibt folgendes zu Protokoll: Es wurde zwischen Verwaltung und freien Trägern vereinbart, dass es eine enge und zeitnahe Kommunikation, insbesondere über das „Organ“ Steuerungsgruppe gibt, die diesen Paradigmenwechsel des Finanzierungsinstrumentes begleitet, um effektiv und rasch Einfluss nehmen zu können, wenn Schwierigkeiten auftreten. Exemplarisch wurde die Budgethöhe benannt, selbstverständlich gilt dies auch für jede Art von Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Wichtig ist das umfassende und sachbezogene Verständnis, dass es sich bei der konkreten Umsetzung des Rahmenvertrages ambulanter Hilfen zur Erziehung in der Anfangszeit um eine Testphase handelt, die diesen Namen auch verdient.

Weiter regt Herr Hubert an eine Presseerklärung zu machen.

Die Rahmenverträge werden den Mitgliedern des JHA zur Kenntnis übersandt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den freien Trägern der Jugendhilfe Einvernehmen herzustellen, dass die Regelungen des zum 31. Dezember 2004 gekündigten Rahmenvertrages für ambulante Hilfen zur Erziehung bis zum 31.

März 2005 fortbestehen.

Zum 01. April 2005 sind für die ambulanten Hilfen zur Erziehung neue Rahmenverträge abzuschließen, die den in der Steuerungsgruppe Jugendhilfe erarbeiteten und dort abgestimmten Ergebnissen Rechnung tragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

zu 8 Bericht über Höhepunkte der Kinder und Jugendarbeit 2005 - Frau Villwock
Bemerkungen:

Frau Villwock vom Stadtjugendring berichtet über die Höhepunkte der Kinder und Jugendarbeit:

1. Ferienauftakt auf dem Marktplatz – 28.06.2005,
2. Kinderkino Capitol,
3. Ferienpass,
4. Sportfest am Feriende auf einem Sportplatz auf dem Großen Dreesch,
5. Friedensfest am Südufer des Pfaffenteichs
6. Spielfest Thematik Piraten – Lankow Südufer
7. Rock in a block

zu 9 Information zum Sachstand - Qualitätsentwicklung jugendpolitische Strategie / Regionalbereiche

Bemerkungen:

AL 49, Frau Seifert verdeutlicht die Notwendigkeit des Arbeitspapiers insbesondere für die HH - Konsolidierung, Gewährleistung von Mindeststandarts, Stärkung der Zusammenarbeit der freien Träger etc. Eine entsprechende BV wird derzeit von der Verwaltung vorbereitet.

zu 10 Sonstiges

Bemerkungen:

Der Unterzeichner erläutert die Verfahren für zukünftigen Einladungen und Protokolle des JHA:

1. Schriftliche Einladung mit allen Anlagen, werden ausschließlich an die 15 ordentlichen Mitglieder und die vier beratenden Mitglieder versandt. Die Stellvertretung ist von den ordentlichen Mitgliedern des JHA eigenständig zu organisieren.
2. Sollte eine Email Adresse vorliegen, erhalten alle ordentlichen, beratenden und stellvertretenden Mitglieder eine Einladung mit Protokoll per Email.
3. Es wird generell ein Ergebnisprotokoll geführt. Protokollzusätze bzw. Anträge werden mündlich vorgetragen und anschließend dem Protokollanten in schriftlicher Form eingereicht. Auch das zeitnahe Nachreichen per Email ist möglich.
4. Wenn möglich sollten Änderungsanträge vor Beginn des JHA an den Vorsitz gereicht werden.

Weiter wird der Beschluss der Stadtvertretung bekannt gegeben, dass Herr Sebastian Möller aus dem JHA abberufen wird. Herr Stefan Schmidt wird als Mitglied in den JHA berufen und als stellvertretendes Mitglied abberufen. Als sein Stellvertreter wird Herr Michael Strähnz berufen.

Herr Hubert regt an, zu prüfen, ob z.B. die Sitzungen der Ortsbeiräte besser mit denen des Jugendhilfeausschusses abgestimmt werden können

Frau Gajek teilt dem JHA mit, dass es bezüglich der Resolution des JHA Schwerin zur Umsetzung des KiföG ein Antwortschreiben des Sozialministeriums MV gibt.

Dies wird dem Protokoll der Sitzung beigefügt.

.

.

gez. Silke Gajek

Vorsitzende/r

gez. Heiko Stolp

Protokollführer